

Frau Zorlu erklärt, dass die SPD-Fraktion, wie auch im Hauptausschuss nicht zustimmen werde. Dies sei mit ihrem Menschenbild nicht vereinbar. Die negativen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Prostituierten würden verstärkt, da die Abgabe auf sie abgewälzt würde. Der Ertrag der Steuer stehe in keinem Verhältnis zum Aufwand.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.